



Foto: ©Colourbox.de

dbb Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst

Einschätzungen, Erfahrungen und Erwartungen der Bürger

2020



dbb
beamtenbund
und tarifunion

**dbb Bürgerbefragung
„Öffentlicher Dienst“ 2020**

Einschätzungen, Erfahrungen
und Erwartungen der Bürger

2. September 2020
f20.0159/39264 Le, Gü

forsa
Politik- und Sozialforschung GmbH
Büro Berlin
Schreiberhauer Straße 30
10317 Berlin
Telefon: (0 30) 6 28 82-0

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	2
1. Handlungs- und Leistungsfähigkeit des Staates	3
2. Bewertung verschiedener Einrichtungen der öffentlichen Hand	8
3. Das Beamtenprofil	9
4. Das Ansehen einzelner Berufsgruppen	10
Datengrundlage	12

Zusammenfassung

Im letzten Jahr waren die Ergebnisse der Bürgerbefragung „Öffentlicher Dienst“ in starkem Maße von dem Vertrauensverlust beeinflusst, den viele politische Institutionen zu verzeichnen hatten. In 2020 sieht sich das gesamte Land wie auch der Rest der Welt mit der Corona-Pandemie vor neue Herausforderungen gestellt, die hierzulande zu einem deutlichen Vertrauenszuwachs zu den meisten politischen Institutionen geführt haben. Dies zeigt sich auch im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegenen Anteil (+ 22 Prozentpunkte) derer, die meinen, der Staat sei in der Lage, seine vielfältigen Aufgaben zu erfüllen. Nur noch eine Minderheit von 40 Prozent sieht den Staat als mit seinen Aufgaben und Problemen überfordert an.

Keine Änderungen gab es allerdings bei der Beurteilung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes.

Beamte werden nach wie vor insbesondere als pflichtbewusst, verantwortungsbewusst und zuverlässig wahrgenommen.

Das Ansehen der einzelnen Berufsgruppen ist vor allem im letzten Jahr dem allgemeinen Vertrauensverlust entsprechend deutlich zurückgegangen. In diesem Jahr ist in den meisten Fällen – mit Ausnahme der Richter, Piloten und Soldaten – zumindest kein weiterer Ansehensrückgang, teilweise wieder eher eine leichte Ansehenssteigerung zu sehen. An Ansehen gewonnen haben im Vergleich zum letzten Jahr die Politiker (+ 8 Prozentpunkte), die aber mit 24 Prozent nach wie vor eher auf einem der unteren Rangplätze des Berufsrankings rangieren.

1. Handlungs- und Leistungsfähigkeit des Staates

Im letzten Jahr war nur rund ein Drittel der Bundesbürger (34 %) der Ansicht, dass der Staat in der Lage sei, seine vielfältigen Aufgaben zu erfüllen. Diese eher negative Einschätzung der Handlungs- und Leistungsfähigkeit des Staates stand im Einklang mit dem in den letzten Jahren eingetretenen Vertrauensverlust vieler politischer Institutionen, u.a. bedingt durch die nach der Bundestagswahl 2017 schwierige und ungewöhnlich lange Regierungsbildung sowie die permanenten Konflikte innerhalb der „Großen Koalition“.

Doch 2020 wurde Deutschland wie auch der Rest der Welt mit der Corona-Pandemie vor neue Herausforderungen gestellt, die hierzulande zu einem deutlichen Vertrauenszuwachs zu den meisten politischen Institutionen geführt haben. Und so ist auch der Anteil derjenigen, die meinen, der Staat sei in der Lage, seine vielfältigen Aufgaben zu erfüllen, deutlich um 22 Prozentpunkte auf 56 Prozent gestiegen.

40 Prozent - darunter mehrheitlich die Selbständigen, die Befragten mit formal niedriger oder mittlerer Bildung und die Anhänger der Linkspartei sowie insbesondere der AfD - glauben hingegen nach wie vor, dass der Staat angesichts der Fülle der Aufgaben und Probleme überfordert sei.

▪ Meinungen zur Handlungsfähigkeit des Staates

Der Staat ist in Bezug auf seine Aufgaben und Probleme

		in der Lage, sie zu erfüllen	überfordert *)
		%	%
insgesamt	2019	34	61
	2020	56	40
Ost		57	40
West		56	40
18- bis 29-Jährige		56	40
30- bis 44-Jährige		54	41
45- bis 59-Jährige		59	39
60 Jahre und älter		55	40
Arbeiter		48	46
Angestellte		55	41
Selbständige		46	52
Öffentlich Beschäftigte:			
- insgesamt		65	30
- Beamte		74	21
- Tarifbeschäftigte		59	34
Hauptschule		44	52
mittlerer Abschluss		45	50
Abitur, Studium		61	35
Anhänger der:	CDU/CSU	67	31
	SPD	69	27
	Grünen	68	29
	Linke	37	57
	FDP	55	42
	AfD	5	91

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Auf die konkrete, ohne Antwortvorgaben gestellte Nachfrage, mit welchen Aufgaben der Staat derzeit überfordert sei, nennen die Befragten eine Vielzahl von Bereichen.

22 Prozent der Befragten, die glauben, der Staat sei überfordert, sind der Ansicht, der Staat sei vor allem mit den Aufgaben in der Schul- und Bildungspolitik überfordert. 20 Prozent denken dies von den Herausforderungen in der Asyl- und Flüchtlingskrise.

16 Prozent sehen eine Überforderung des Staates bei der Bewältigung der derzeitigen Corona-Krise, 14 Prozent bei den Problemen der inneren Sicherheit, 12 Prozent bei den sozialen Sicherungssystemen bzw. der Rente, 11 Prozent bei der Gesundheitsversorgung und jeweils 10 Prozent beim Klima- und Umweltschutz bzw. der Steuer- und Finanzpolitik.

▪ Überforderung des Staates *)

Der Staat ist bei folgenden: Aufgaben überfordert	2019 %	2020**) %
Schul- und Bildungspolitik	24	22
Asyl- und Flüchtlingspolitik	19	20
Corona-Krise	-	16
innere Sicherheit	17	14
soziale Sicherungssysteme, Rente	12	12
Gesundheitsversorgung	12	11
Klima- und Umweltschutz	13	10
Steuer- und Finanzpolitik	7	10
soziale Gerechtigkeit	11	9
Justiz und Rechtsprechung	7	9
Wirtschaftspolitik	1	7
mangelnde Nähe zu den Bürgern	6	6
Infrastruktur	7	5
Verkehrspolitik	5	4
Digitalisierung	4	4
Lage am Arbeitsmarkt	4	4
Demokratie- und Wertevermittlung	1	4
Lohnentwicklung	0	4
Kinderbetreuung	7	3
Wohnungs- und Immobilienmarkt	7	3
Verteidigung, äußere Sicherheit	3	3
Lobbyismus	2	3
Verwaltung, kommunale Behörden	4	2
Bürokratieabbau	7	2
Energiepolitik bzw. Energiewende	2	1
Überforderung generell	6	4
sonstiges	6	5
weiß nicht	20	14

*) Basis: Befragte, den Staat als überfordert ansehen

**) offene Abfrage; Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Nach wie vor glaubt allerdings nur eine Minderheit der Befragten (17 %), dass die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes im Vergleich zu den letzten Jahren größer geworden sei. 44 Prozent sehen hier keine Veränderung zu den Vorjahren, 32 Prozent meinen, die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes sei geringer geworden.

Dass die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in den letzten Jahren geringer geworden ist, meinen in überdurchschnittlichem Maße die Anhänger der AfD.

▪ Meinungen zur Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes

Die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes ist im Vergleich zu den letzten Jahren

		größer %	gleich groß %	geringer *) %
insgesamt:	2019	17	41	34
	2020	17	44	32
Arbeiter		13	44	41
Angestellte		17	45	32
Selbständige		12	36	42
Öffentlich Beschäftigte:				
- insgesamt		27	41	29
- Beamte		29	40	28
- Tarifbeschäftigte		26	42	30
Anhänger der:				
	CDU/CSU	19	45	32
	SPD	27	42	28
	Grünen	19	49	25
	Linke	12	42	38
	FDP	15	52	31
	AfD	7	25	56

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

2. Bewertung verschiedener Einrichtungen der öffentlichen Hand

Den Befragten wurden verschiedene öffentliche Einrichtungen vorgegeben mit der Bitte, diese Einrichtungen anhand von Schulnoten von 1 bis 6 zu bewerten.

Am besten schneidet wie bereits im letzten Jahr die Straßenreinigung bzw. Müllabfuhr mit einer durchschnittlichen Bewertung von 1,8 ab. Es folgen die Bibliotheken (2,0), Museen (2,0) und die Kindergärten (2,2).

Landes- und Bundesministerien (3,1 bzw. 3,2), Sozialämter (3,2) sowie Arbeitsämter (3,3) werden im Vergleich zu den anderen Behörden schlechter bewertet.

Im Vergleich zum letzten Jahr hat sich an der Einschätzung der Bewertung kaum etwas geändert.

▪ Bewertung einzelner Behörden *)

	Es vergeben die Schulnote (Mittelwert)		Veränderung 2020-2019
	2019	2020	
Straßenreinigung, Müllabfuhr	1,8	1,7	+ 0,1
Bibliotheken	2,2	2,0	+ 0,2
Museen	2,2	2,0	+ 0,2
Kindergärten	2,2	2,2	0
Polizei, Kriminalpolizei	2,3	2,3	0
Fachhochschulen, Universitäten	2,3	2,3	0
Krankenhäuser	2,4	2,4	0
Hallenbäder, Freibäder	2,4	2,4	0
Sozialversicherung	2,5	2,7	- 0,2
Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung	2,8	2,8	0
Finanzämter	2,8	2,8	0
Gerichte	2,7	2,8	- 0,1
Schulen	2,7	2,9	- 0,2
Landesministerien	3,2	3,1	+ 0,1
Sozialämter	3,1	3,2	- 0,1
Bundesministerien	3,3	3,2	+ 0,1
Arbeitsämter	3,4	3,3	+ 0,1

3. Das Beamtenprofil

Die Bundesbürger wurden auch im Spätsommer 2020 anhand einer Liste um eine Einschätzung gebeten, welche Eigenschaften sie Beamten zuschreiben würden und welche eher nicht.

Beamte werden nach wie vor insbesondere als pflicht- und verantwortungsbewusst (70 bzw. 64 %), als zuverlässig (61 %), rechtschaffen (57 %) und hilfsbereit (58 %) sowie kompetent (56 %) wahrgenommen. 41 Prozent sehen die Beamten als unbestechlich, 20 Prozent als flexibel an.

Von den eher negativ behafteten Eigenschaften wird den Beamten am ehesten das Attribut „stur“ zugeschrieben (42 %). Nur jeweils eine Minderheit sieht Beamte als mürrisch (29 %), als arrogant (25 %), als ängstlich (21 %), als überflüssig bzw. ungerecht (jeweils 16 %) oder als schlecht (5 %) an.

▪ Das Beamtenprofil 2020

Folgende Eigenschaften treffen auf Beamte zu:	2007	2008	2009	2017	2018	2019	2020	Veränderung zu 2019
	%	%	%	%	%	%	%	
pflichtbewusst	75	76	78	75	77	71	70	- 1
verantwortungsbewusst	70	71	72	74	76	66	64	- 2
zuverlässig	66	67	70	75	72	64	61	- 3
rechtschaffen	67	67	70	72	70	61	57	- 4
hilfsbereit	57	59	66	68	68	58	58	0
kompetent	59	60	64	71	66	59	56	- 3
unbestechlich	37	38	45	54	51	44	41	- 3
flexibel	28	28	34	31	25	24	20	- 4
stur	54	51	48	40	44	45	42	- 3
mürrisch	-	-	-	31	32	31	29	- 2
arrogant	41	40	33	30	32	31	25	- 6
ängstlich	20	20	20	19	18	18	21	+ 3
überflüssig	24	22	20	16	16	18	16	- 2
ungerecht	26	21	20	18	16	17	16	- 1
schlecht	-	-	-	8	7	7	5	- 2

4. Das Ansehen einzelner Berufsgruppen

Seit der ersten „dbb Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst“ 2007 wird jedes Jahr ermittelt, welches Ansehen einzelne Berufsgruppen in der Bevölkerung genießen. Hierfür werden den Befragten verschiedene Berufsgruppen mit der Bitte vorgegeben, jeweils anzugeben, ob diese Berufsgruppe ein eher hohes oder eher geringes Ansehen genießt.

Nach wie vor wird das „Beruferanking“ von den Feuerwehrleuten angeführt, die bei 93 Prozent aller Bürger ein hohes Ansehen haben. Es folgen Ärztinnen/Ärzte (87 %), Kranken- und Altenpfleger/innen (87 bzw. 86 %), und Polizistinnen/Polizisten (82 %).

Von „Beamtinnen“ und „Beamten“ haben derzeit 37 Prozent – etwas mehr als noch im letzten Jahr und ähnlich wie bereits 2017 und 2018 – der Befragten ein hohes Ansehen.

Auf den letzten Rängen des Beruferankings finden sich wie auch in den Vorjahren die Versicherungsvertreter/innen (8 %), die Mitarbeiter/innen einer Werbeagentur (11 %) oder einer Telefongesellschaft (13 %) sowie Politiker/innen (16 %) und Manager/innen (19 %).

Deutliche Rückgänge im Ansehen haben in diesem Jahr im Vergleich zum Vorjahr vor allem die Richter/innen (- 7 Prozentpunkte), Piloten/innen (- 6 Prozentpunkte) und Soldaten/innen (- 7 Prozentpunkte) zu verzeichnen.

Einen im Vergleich zum letzten Jahr deutlichen Ansehenszuwachs (allerdings weiterhin auf niedrigem Niveau) können die Politikerinnen und Politiker verzeichnen (+ 8 Prozentpunkte)

▪ Ansehen einzelner Berufsgruppen *)

Es haben ein (sehr) hohes Ansehen:	2007	2017	2018	2019	2020	Veränderung zu:	
	%	%	%	%	%	2019	2007
Feuerwehrmann	90	96	94	94	93	- 1	+ 3
Arzt/Ärztin	86	89	89	88	87	- 1	+ 1
Krankenpfleger/in **)	85	88	89	87	87	0	+ 2
Altenpfleger/in	-	-	-	86	86	0	-
Polizist/in	78	87	87	84	82	- 2	+ 4
Erzieher/in im Kindergarten/Kita	-	85	83	80	78	- 2	-
Richter/in	77	79	79	78	71	- 7	- 6
Müllmann/ -frau	63	73	75	72	70	- 2	+ 7
Hochschulprofessor/in	-	76	74	69	70	+ 1	-
Pilot/in	-	75	78	71	65	- 6	-
Förster/in	-	61	62	58	61	+ 3	-
Lehrer/in	63	75	73	68	67	+ 4	-
Briefträger/in	52	61	63	52	54	+ 2	+ 2
Kanal-Klärwerksmitarbeiter/in	-	64	67	59	62	+ 3	-
Lokführer/in	-	67	67	60	62	+ 2	-
Techniker/in	-	69	66	60	64	+ 4	-
Justizvollzugsbeamte/r	-	63	63	58	55	- 3	-
Unternehmer/in	61	55	54	41	42	+ 1	- 19
Journalist/in	47	51	50	40	42	+ 2	- 5
Soldat/in	-	61	56	53	46	- 7	-
Studienrat/Studienrätin	53	53	54	47	45	- 2	- 8
Beamte/r	27	38	39	34	37	+ 3	+ 10
Steuerberater/in	47	42	40	36	36	0	- 11
EDV-Sachbearbeiter/in	43	40	39	33	30	- 3	- 13
Steuerbeamter/in	28	33	31	28	25	- 3	- 3
Gewerkschaftsfunktionär/in	23	29	29	25	25	0	+ 2
Politiker/in	20	25	21	16	24	+ 8	- 4
Bankangestellte/r	38	33	31	24	23	- 1	- 15
Mitarbeiter/in einer Telefongesellschaft	19	18	17	13	13	0	- 6
Mitarbeiter/in einer Werbeagentur	18	12	13	10	11	+ 1	- 7
Versicherungsvertreter/in	11	11	10	8	8	0	- 3

*) dargestellt ist jeweils der Anteil an Befragten, die ein sehr hohes oder hohes Ansehen von der jeweiligen Berufsgruppe haben

**) bis 2018 Kranken- und Altenpfleger/in zusammengefasst

Datengrundlage

Im Auftrag des dbb beamtenbund und tarifunion hat forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH auch im Jahr 2020 untersucht, wie der öffentliche Dienst und seine Leistungen von den Bürgerinnen und Bürgern der Bundesrepublik wahrgenommen werden.

Die Erhebung für diese Bürgerbefragung zum öffentlichen Dienst fand im August 2020 statt. Befragt wurden 2.006 repräsentativ ausgewählte Bürgerinnen und Bürger. Wie bereits 2019 wurde die Erhebung online mithilfe des forsa.Omninet durchgeführt, einem für die deutsche Online-Bevölkerung ab 14 Jahren repräsentativem Panel mit derzeit ca. 80.000 Teilnehmern. Die Auswahl der Befragten erfolgte offline nach einem systematischen Zufallsverfahren, das sicherstellt, dass die befragten Bürgerinnen und Bürger ein Spiegelbild der Gesamtbevölkerung ab 14 Jahre in Deutschland darstellen.

Die im nachfolgenden dargestellten Befunde der Untersuchung sind mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen (bei der vorliegenden Untersuchung max. +/- 3 Prozentpunkte) auf die Gesamtheit der Bevölkerung übertragbar.

Um Hinweise auf Entwicklungen und Veränderungen im Zeitverlauf zu erhalten, werden die Ergebnisse der diesjährigen 13. „dbb Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst“- soweit möglich - mit den in den Vorjahren ermittelten Befunden verglichen.